

## 1. Wofür treten wir an

Ein **klimaneutrales Deutschland bis spätestens 2045** ist unser Ziel und eine unserer vier Zukunftsmissionen. Für die SPD keine des Frage des Ob, sondern des Wie: Für die 2020er Jahre ist der klimagerechte Umbau unseres Landes die zentrale Aufgabe. Hier hat Deutschland enormes Potential langfristig an der Spitze bei klimafreundlichen Technologien und Innovationen zu sein. Nur als Industriestandort sichern wir gute Arbeitsplätze und schaffen neue. Wir zeigen einen verlässlichen Weg auf und setzen konkrete Maßnahmen um. Gute Klimaschutzpolitik funktioniert nur, wenn sie Akzeptanz in der gesamten Gesellschaft findet. Darum **haben wir alle im Blick: Diejenigen, die vorneweg gehen, genauso wie die, die durch die Veränderungen verunsichert sind.**

**Wir wollen, dass Deutschland ein Land mit vielen erfolgreichen Unternehmen und guten Arbeitsplätzen bleibt.** Dafür muss viel passieren: Es müssen Bagger rollen und Leitungen verlegt werden, aber auch die Fertigungsprozesse für Zement oder Stahl verändert werden. Wir werden eng mit unseren Unternehmen zusammenarbeiten und sie beim klimaneutralen Umbau unterstützen. Wir wollen Deutschland zum Vorreiter bei CO<sub>2</sub>-freien Produktionsprozessen machen. Die Erfahrung zeigt, dass Industriebranchen und Arbeitsplätze, die einmal weg sind, nicht wieder zurückkehren. Es kommt auf die kommende Bundesregierung an, die richtigen Weichen zu stellen. Die SPD steht für eine Klima- und Wirtschaftspolitik mit Zukunft.

**Auch in Zukunft muss genügend Strom verfügbar sein** - für die privaten Haushalte, für Industrie und Dienstleistungen. Daran hängt alles! Wir haben den Atomausstieg umgesetzt und den Ausstieg aus der Kohle organisiert. Jetzt ist der entschlossene Ausbau der Erneuerbaren Energien die wichtigste industrie- und klimapolitische politische Aufgabe unserer Zeit. Wir müssen uns dabei ehrlich machen: Bis heute geht das Bundeswirtschaftsministerium davon aus, dass der Stromverbrauch bis 2030 konstant bleibt. Tatsache aber ist: Wir brauchen **bis 2030 ungefähr 100 Terrawattstunden Strom zusätzlich.** Um das zu übersetzen: Unser Strombedarf bis 2030 steigt Jahr für Jahr jeweils um den gesamten jährlichen Stromverbrauch einer Millionenstadt wie Hamburg. Wer also behauptet, dass der Stromverbrauch bis 2030 gleichbleibt, **belügt sich selbst und das Land.**

**Wenn umgesteuert wird, muss es Alternativen geben.** Wer normal verdient und beruflich und privat mobil sein muss, hat sie derzeit häufig noch nicht. Denn ein Elektroauto ist trotz Förderung teuer. Normalverdiener kaufen gewöhnlich Gebrauchtwagen, die es in der Elektrovariante aber noch kaum gibt. Und der Ausbau von U- und S-Bahnen dauert. Wer in einer wenig gedämmten Mietwohnung mit Ölheizung wohnt, hat keine Alternative, vor allem nicht kurzfristig. **Daher investieren wir in**

**klimafreundliche Alternativen.** Wir treiben den Aus- und Aufbau von Infrastruktur voran und fördern Umstiege auf klimafreundliche Alternativen. Wir sorgen für Übertragungsnetze, Wärmenetze, Wasserstoffpipelines, Schienen, ÖPNV, Radwege, Ladesäulen, usw. Hier geht es ums richtige Planen, Bauen, Genehmigen, Machen. Damit das zügig gelingt, sorgen wir dafür, dass auch der Staat schneller und besser wird.

*Unser Plan:*

**Boom für Erneuerbare Energien:** Damit die Erneuerbaren Energien ausreichend zur Verfügung stehen, müssen wir einen BOOM in Gang setzen: Das heißt:

- umfassende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes
- Ausbau der Leitungen und der Windparks auf See (Offshore)
- Ausweisung von 2% der Landesfläche in allen Bundesländern für mehr Windkraft an Land

Um eine höhere Akzeptanz der Windkraft an Land vor Ort zu erreichen, werden wir die Kommunen und die Bürger\*innen vor Ort darin unterstützen, die Energiewende zu ihrem Projekt, zu ihrem Gewinn zu machen: Wir stärken Mieterstrom und gemeinschaftliche Eigenversorgung, weiten kommunale Beteiligungsmodelle aus und legen nachhaltige Strom-Anleihen auf.

**Bürger und Unternehmen entlasten:** Wir werden die EEG-Umlage bis 2025 abschaffen. Damit machen wir Strom günstiger. Das kommt allen Bürger\*innen zugute, da jede und jeder Strom verbraucht. Das rechnet sich auch für kleine und mittelständische Unternehmen, die häufig im Wettbewerb mit Unternehmen aus Ländern mit niedrigeren Energiekosten stehen.

Die EEG-Umlage ist bisher ein Aufschlag auf jede Stromrechnung und beträgt für ganz Deutschland inzwischen über 24 Milliarden Euro bzw. 6,5 Cent pro Kilowattstunde; für eine dreiköpfige Familie sind das ca. 230 Euro im Jahr.

**Bund als Vorreiter:** Gerade die öffentliche Hand muss als große Abnehmerin von Produkten und Dienstleistungen Verantwortung übernehmen. Wir werden die öffentliche Beschaffung so ausrichten, dass spätestens ab 2030 nur noch klimaneutrale Materialien verwendet werden. Dazu verstärken wir die Förderung zur Erforschung innovativer, nachhaltiger Technologien.

**Unternehmen im Wettbewerb stärken:** Dem Klima nützt es nichts, wenn CO<sub>2</sub> statt in Europa nun in Amerika oder Asien ausgestoßen wird. Darum ist es so wichtig, dass es international vergleichbare CO<sub>2</sub>-Preise gibt und wir das Abwandern der Industrie und den erhöhten CO<sub>2</sub>-Ausstoß verhindern. (Carbon Leakage). Wir werden unsere Industrien sichern und die Verlagerung von Produktion und

Emissionen ins Ausland durch maßgeschneiderte Instrumente einschränken. Darüber hinaus hat Olaf Scholz die Initiative des „Klimaclubs“ angestoßen: Nur, wenn wir uns eng mit unseren internationalen Partnern abstimmen, gelingt der nachhaltige Umbau unserer Industrien zu klimaneutralen Wirtschaften.

## **2. Was uns von unseren politischen Mitbewerbern unterscheidet**

### **CDU/CSU:**

- CDU/CSU fehlt der echte Wille zur Veränderung, sie wollen zurück ins Gestrern. Und sie verschweigen aus gutem Grund die Konsequenzen ihrer rückwärtsgewandten Politik: Wenn wir nicht ehrlich unseren Strombedarf kalkulieren und den Ausbau der erneuerbaren Energien hinauszögern, bedeutet das die Gefährdung des Kohleausstieges und aller Klimaschutzziele. Bayern, Hessen und Baden-Württemberg sind die Schlusslichter beim Ausbau der Windenergie, alle mit Union und Grünen in der Regierung.
- Mit CDU/CSU wird es keine klimaneutrale Umgestaltung der Wirtschaft geben. Schlicht, weil sie es nicht wollen. Ordnungsrechtliche Vorgaben werden gescheut. Lobbyinteressen first – das hat man gerade bei der Frage der Verteilung der CO2-Kosten für Mieter\*innen gesehen!

**Die CDU/CSU hat die Menschen aus dem Blick verloren und bedient lieber Lobbyinteressen, Ihre Politik gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft!**

### **GRÜNE:**

- Statt Klimapolitik für alle zu machen, verlagern die Grünen die Verantwortung zu stark auf den Einzelnen. Es wird suggeriert, es sei die Aufgabe der Einzelnen, durch Kaufentscheidungen das Klima zu retten. Damit wird nicht nur der oder die Einzelne überfordert, die Gesellschaft wird auch gespalten in diejenigen, die sich höhere Preise leisten können und in die, die sich das eben nicht leisten können.
- Es fehlt der Blick für das industriepolitische Ganze. Ein Drehen an der Preisschraube allein ist keine vernünftige Politik, sondern eine Preistreiberei, die viele Menschen überfordert. Das ist für uns der falsche Weg. Der Mix aus staatlicher Förderung, Investition und Ordnungsrecht muss passgenau als Gesamtkonzept angelegt sein, um Emissionsminderung und Lenkungswirkung zu entfalten. Die Grünen werden aufgrund ökologischer Bedenken große Infrastrukturprojekte nicht umsetzen. Wir suchen nach dem bestmöglichen Konsens, verlieren aber das Ziel nicht aus dem Blick. In Baden-Württemberg hat ein grüner

Ministerpräsident die schlechteste Ausbaubilanz bei der Windenergie und ist damit bundesweit abgehängt.

**Die Grünen haben die Menschen aus dem Blick verloren und verlagern die Verantwortung auf den Einzelnen. Ihre Politik gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft!**

### 3. Für wen machen wir das

**Wir machen Klimapolitik für alle!** Wir stehen für Klimaschutz UND soziale Gerechtigkeit, unabhängig vom Einkommen. Klimaschutz darf keine Angelegenheit für die sein, die es sich leisten können. Allein dadurch, dass man alles teurer macht, wird noch nichts besser. Der klimafreundliche Umbau unserer Wirtschaft muss mit einer klaren industriepolitischen Strategie und der Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden werden.


### 4. Was haben wir bereits erreicht

Die SPD hat den Atomausstieg umgesetzt und den Ausstieg aus der Kohle mit verlässlichen Zukunftspfaden für die Menschen in den betroffenen Revieren angelegt. **Herzstück unserer Klimapolitik ist das Klimaschutzgesetz.** Im Einklang mit dem Pariser Klimaschutzabkommen – definiert es klare, gesetzlich verbindliche und verlässliche Ziele für Politik und Wirtschaft. Es sorgt dafür, dass immer wieder überprüft wird, dass sie auch erreicht werden. Damit wird Klimaschutz politische Pflicht und bindet auch kommende Regierungen. Damit haben wir die Ära der freiwilligen (Nicht)-Beiträge hinter uns gelassen.

**Das Urteil aus Karlsruhe hat uns Rückenwind gegeben:** Als die SPD das Klimaschutzgesetz zuerst in den Koalitionsverhandlungen und später auch im Bundestag durchgesetzt hat, wurde das Vorgehen von Teilen der Opposition und CDU/CSU als Planwirtschaft gegeißelt. Der von uns durchgesetzte Mechanismus ist durch das höchste deutsche Gericht bestätigt worden. In der Ersten Runde konnten wir gegen die CDU/CSU keine Zwischenziele nach 2030 durchsetzen. Da hat sich durch das Karlsruher Urteil geändert: Neben der Klimaneutralität spätestens 2045, wurden auch Zwischenziele für die Jahre 2030 und 2040 vereinbart. Bereits 2030 wollen wir mindestens 65 Prozent Treibhausgase im Vergleich zu 1990 einsparen – bis 2040 88 Prozent.

### 5. Wofür wird die SPD gebraucht

Wir setzen ökologische Gerechtigkeit in konkrete Praxis um. Jenseits von Krisenrhetorik und moralischen Apellen sorgen wir dafür, dass Klimaschutz nicht vor allem Verzicht bedeutet, sondern die Aussicht auf ein besseres Leben: Neue Mobilitätskonzepte, lebenswerte Städte und Gemeinden,



eine saubere und dezentrale Energieversorgung, gute Ernährung und den Schutz unserer Landschaft, gute und sichere Arbeitsplätze und betriebliche Mitbestimmung: All das setzt konkret im Alltag der Menschen an.

Die SPD hat den Atomausstieg durchgefochten und den Ausstieg aus der Kohle organisiert. Aus unseren Reihen kommen die Erfinder des Erneuerbaren Energien Gesetzes. Wenn wir die nächsten Schritte zur Klimaneutralität gehen, ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien zentrale Aufgabe. Viele Firmen haben gute Konzepte zur CO-2 freien Produktion oder neuen Verfahrenstechniken. Auf der Landesebene wie in Rheinland-Pfalz oder in Brandenburg sieht man: Wo die SPD regiert, kommt der Ausbau der Windkraft an Land voran. Auch in den Kommunen sind wir stark vertreten und bewegen viel. Alle diese Kräfte werden wir mit Olaf Scholz an der Spitze bündeln, um für alle Generationen ein klimaneutrales Land zu schaffen.